



Nur außerparlamentarische Opposition verhindert sozialen Kahlschlag!

Vor einigen Wochen verkündete Angela Merkel im Bundestag, das Haushaltsdefizit von 80 Mrd. Euro zwinge die Regierung CDU/CSU-FDP zu drastischen Sparmaßnahmen. Wo im Einzelnen gespart werden soll, sagte die Kanzlerin nicht. Klar ist aber, dass für die Zeche von 500 Mrd. Euro, mit der die Regierung die Banken und das kapitalistische System abstützt, die Lohnabhängigen zahlen sollen.

„POLITIKWECHSEL“ BRINGT NICHTS

Viele Lohnabhängige erhoffen sich eine Verbesserung ihrer Lebenslage durch Wahlen, eine andere Regierung oder durch den bürgerlichen Staat. Sie selbst sind (noch) nicht bereit, auf die Straße zu gehen. Daran knüpfen Gewerkschaften und Linkspartei mit der Forderung nach einem „Politikwechsel“ an, die völlig der parlamentarischen Logik verhaftet ist. Aber: Wurden nicht Hartz IV, Studiengebühren und der Kriegseinsatz in Afghanistan

unter der Regierung Schröder-Fischer eingeführt? Verdanken wir die Rente mit 67 nicht der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD? Die neoliberale Sozialdemokratie hat kräftig mitgeholfen, die „Lohnnebenkosten“ in der BRD unter den europäischen Durchschnitt zu senken. Was soll also ein „Politikwechsel“ mit SPD und Grünen bringen, außer eine rosa-olivgrün gefärbte Variante des sozialen Kahlschlags?

DEN POLITISCHEN STREIK VORBEREITEN

Aufgabe linker Politik ist es, das Vertrauen der Lohnabhängigen in ihre eigene Kraft zu stärken, anstatt auf StellvertreterInnenpolitik in Parlamenten zu orientieren: „...uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“. Hier sind vor allem die Gewerkschaften gefragt. Doch in der schlimmsten Krise des Kapitalismus hält die Gewerkschaftsbürokratie still. Die SchülerInnen und Studierenden mobilisieren bei ihren dezentralen Bildungsstreiks Hunderttausende, während die gut organisierten Gewerkschaftsapparate ihre 6,2 Millionen Mitglieder ruhig halten. Der Vorstand der IG-Metall ist sogar ohne jede Lohnforderung in eine Tarifrunde gegangen. Da sich die Gewerk-

schaftsbürokratie in der Vergangenheit von der Regierung Merkel-Müntefering nicht genügend beachtet fühlte, ist sie nun heilfroh, mit der Wirtschaftskrise wieder als Gesprächspartnerin von der Regierung respektiert zu werden. Für das Linsengericht der heiß geliebten Sozialpartnerschaft verkauft sie die Klasseninteressen ihrer Mitglieder. Immerhin nimmt auch in den Gewerkschaften der Widerstand gegen die Politik des Stillhaltens zu. Die Forderung der IG BAU nach einem politischen Streik wurde gegen den Willen der Gewerkschaftsführung beschlossen. Um diese Forderung zu verankern, muss eine klassenkämpferische Gewerkschaftslinker (www.labournet.de) organisiert werden.

NEUE APO AUFBAUEN

In Griechenland rufen die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen gemeinsam gegen den von der EU verordneten Sparkurs den Generalstreik aus. In der BRD halten nicht nur die Gewerkschaften still, auch die sozialen Bewegungen sind schwach. Zudem arbeiten die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, die Erwerbslosenbewegung, der Bildungsstreik, die Anti-Globalisierungsbewegung, die

Antifa- und Antikriegsbewegung, das Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ wenig zusammen. Aufgabe einer antikapitalistisch-revolutionären Organisation muss es sein, die Bewegungen zu radikalieren, Bündnisse vor Ort anzustoßen und ihre Vernetzung soweit zu unterstützen, dass sie gemeinsam als außerparlamentarische Opposition handeln.

WELCHES PROGRAMM ?

Bis zur Wirtschaftskrise war das Wort „Kapitalismus“ ein Tabu. Es wurde von den Herrschenden und ihren Medien, nicht etwa von der sozialistischen Linken neu in die Diskussion gebracht. Heute, wo das Kapital und seine Regierung den Klassenkampf von oben führen, beklagen

viele Linke die „Spaltung der Gesellschaft“, anstatt den Klassenkampf von unten zu propagieren. Die Krise des Kapitalismus gibt uns die Chance, auch mit radikalen Forderungen wieder Gehör zu finden. Nutzen wir sie!



- **Enteignung und Inbesitznahme der Banken durch die Beschäftigten und KundInnen**
- **radikale Arbeitszeitverkürzung – bis alle Arbeit haben**
- **für ein Verbot von Entlassungen**
- **für 1500 Euro Mindestlohn**
- **weg mit Hartz IV**
- **weg mit den Studiengebühren**
- **sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan**

VERANSTALTUNG

ZUR LAGE IN AFGHANISTAN

Diskussionsveranstaltung mit Raschid aus Afghanistan

Donnerstag, 6. Mai, 18 Uhr, Dortmund, Taranta Babu, Humboldtstr. 44

Veranstalter: RSB, isl, SALZ, Die Linke

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN



Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine

selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen

beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Kontakt: oberhausen@rsb4.de // Mehr Infos: www.rsb4.de

V.i.S.d.P. RSB 68026 Mannheim